



Dr. Thomas de Maizière

Am 21. Januar 1954 geboren in Bonn. 1974–79 Studium der Rechtswissenschaften und Geschichte in Münster und Freiburg. 1983 Mitarbeiter der Regierenden Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen. 1986 Promotion zum Dr. jur. 1990 Mitaufbau des Amtes des Ministerpräsidenten der letzten DDR-Regierung; Mitglied der Verhandlungsdelegation für den Einigungsvertrag. 1990–94 Staatssekretär im Kultusministerium und 1994–98 Chef der Staatskanzlei in Mecklenburg-Vorpommern. Ab Oktober 1999 Staatsminister und Chef der Sächsischen Staatskanzlei. 2001–02 Staatsminister der Finanzen, 2002–04 der Justiz und 2004–05 des Inneren in Sachsen. Seit November 2005 Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes.

Dr. Thomas de Maizière
*Chef des Bundeskanzleramtes und
Bundesminister für besondere Aufgaben, Berlin*

**„Die provokante Frage:
Lässt Globalisierung Politik noch zu?“**

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Herr von Foerster, ich habe bei ähnlichen Anlässen schon Vorstellungen über mich gehört. Meistens wird variationslos Wikipedia vorgelesen. Da weiß ich nach dem ersten schon den dritten Satz. Ich fühle mich geehrt und geschmeichelt und bedanke mich herzlich für die Einladung. Eine Einladung vom Übersee-Club Hamburg zu bekommen und dort zu sprechen, das ist für sich genommen schon eine Ehre und macht mich stolz und dankbar. Dieser Ort besonders. Ich habe hier schon mal einen Vortrag gehalten, eine Diskussion über die deutsche Einheit. Ich habe das in bester Erinnerung. Hier ist es ja so, dass in diesem Kreis nicht diskutiert wird. Wir werden das sicher an anderer Stelle fortsetzen.

Wenn Sie mich nun bitten, die neueste Entwicklung in der SPD zu kommentieren, so will ich das schmallippig gerne tun, denn ehrlich gesagt, wenn Sie dazu mehr hören wollen, dann müssen Sie Herrn Steinmeier einladen oder Herrn Müntefering. Ich hielte es für falsch, wenn sich die Bundesregierung als Ganzes oder auch die Union – ich rede in Veranstaltungen ungern über die Union, weil ich kein herausgehobenes Parteiamt habe – besonders aus dem Schritt bringen lassen sollte. Das wäre nicht gut für das Land und im Übrigen auch nicht gut für die Union. Herr Steinmeier ist und bleibt Außenminister. Herr Müntefering ist einer der Architekten der Großen Koalition und ist nun auch nicht so lange Parteivorsitzender gewesen, wie er es gerne gewollt hätte. Und deswegen warten wir in Ruhe ab. Die Sozialdemokraten müssen oder sollten sich eher zur Regierung und zur Koalition verhalten und wir nicht zu ihr. Deswegen ist unsere Aufgabe als Union, weiter so lange wie irgend möglich zu regieren, gut zusammen zu arbeiten, der Faktor der Stabilität in dieser Koalition zu sein. Das ist wiederum gut für die Union und vor allem für das Land.

Letztlich ist auch das, was man über die aktuellen Fragen der Koalition sagen könnte, etwas, wie die Rundfunkleute sagen, „das sich schnell versendet“. Und es ist wahrscheinlich kein einziger Gedanke dazu nicht schon geschrieben worden in den letzten Tagen. Wenn man eine Pressechau und das ganze Bild der Medien vor sich hat, dann ist dem wenig hinzuzufügen. Das gilt auch für die schwarz-grüne Koalition in Hamburg. Wir wollen erst mal sehen, wie es wird. Meine Familie hat hier in Hamburg gelebt und ich bin hier zur Schule gegangen. Wenn ich freudestrahlend nach Hause kam und gesagt habe, in der Arbeit habe ich bestimmt eine Eins, dann hat mein Vater gesagt – für Söhne natürlich schrecklich frustrierend – „das möchte ich dann erst mal schriftlich sehen“. Und so will ich es nun dabei bewenden lassen, dass ich sage: Nun will ich erst mal sehen, was daraus wird. Und wir arbeiten weiter.

Nun haben Sie mir heute aber eine schwierige Aufgabe zugewiesen, etwas grundsätzlicher über die Globalisierung zu sprechen. Und das will ich gerne tun.

Die provokante Frage: Lässt Globalisierung Politik noch zu? ist das Thema meines heutigen Vortrages. Wer diese Frage stellt, hängt womöglich der These an, dass Politik in der globalisierten Welt ihre Einflussmöglichkeit weitgehend verloren hat oder haben könnte. Für manche ist das sogar eine gute Nachricht. Für andere natürlich eine schlechte. Vielleicht ist es aber auch gerade andersherum. Sie erwarten von mir als Politiker wohl eher die Antithese nach dem Motto: Nun erst recht. Erlauben Sie mir daher eine etwas freche und vorlaute Vorbemerkung: Die Mitglieder des Übersee-Clubs Hamburg sind es ihrem Gründungszweck und ihrer Geschichte schuldig, die Gestaltbarkeit der Zukunft durch Politik und Wirtschaft nicht nur vorauszusetzen, sondern aktiv in die Hand zu nehmen. Wenn dem nicht so wäre, müsste sich dieser Club auflösen oder neue Ziele suchen. Auch ich sollte mir neue Aufgaben suchen, würde ich der These einer machtlosen Politik folgen. Ich will daher dem Unterton, dem Resonanzboden des Vortragstitels aus Überzeugung gerne widersprechen und folgende Antithesen formulieren und sie dann anschließend begründen und ausführen:

1. Globalisierung ist prinzipiell nichts Neues. Es gibt sie seit dem Altertum. Seit jeher lässt sie Politik nicht nur zu, sondern braucht sie. Ohne Politik scheitert Globalisierung, früher wie heute.
2. Globalisierung heute ist aber insofern anders, weil die Veränderungen schneller sind. Sie betreffen mehr Menschen. Sie sind komplexer. Große Veränderungen lösen naturgemäß Ängste aus. Die Erfahrung zeigt aber, es gibt mehr Anlass zur Zuversicht als zur Sorge.
3. Die Art und Weise, wie Politik im 21. Jahrhundert agiert, wird sich weiter verändern, und zwar dramatisch verändern. Wer glaubt, dass die Veränderungsprozesse abgeschlossen sind, irrt. Deutlich ist jedoch, Politik muss, um dauerhaft erfolgreich sein zu können, viel kooperativer als früher angelegt sein. Auf weltweite technische und ökonomische Vernetzung kann man nicht nationalstaatlich antworten. Alleingänge enden fast immer in Sackgassen oder Rückzügen.
4. Der Globalisierung angepasste Verfahren, Instrumente und Methoden allein sind nicht Erfolg versprechend. Es braucht ein festes Wertefundament und ein gemeinsames Werteverständnis, das Vertrauen, mindestens aber Verlässlichkeit schafft. Vertrauen und Verlässlichkeit sind in einer Welt der Unübersichtlichkeit mehr denn je der zentrale Faktor für die Möglichkeit politischer Gestaltung, zunehmend auch auf internationaler Ebene. Und wo sollte ich das besser sagen als vor einer Versammlung von Kaufleuten, wo nach dem HGB der Handschlag, das Mündlichkeitsprinzip, das kaufmännische Bestätigungsschreiben eigentlich alles klarmachen.

Zum ersten Punkt:

Was meine ich, wenn ich über Globalisierung spreche und dass sie nicht neu ist? Natürlich erleben wir einschneidende Veränderungen in nahezu allen Lebensbereichen. Individuen sind davon ebenso betroffen wie Institutionen. Werte verschieben sich ebenso wie Wirtschafts- und Machtzentren. Räumliche Distanzen und Zeitzonen werden überwunden. Und wir, wie alle anderen auf der Welt, werden mit fremden Kulturen und Sprachen konfrontiert. Das Resultat sind neue Freiheiten und neue Chancen für Individuen, Unternehmen und Politik. Es entstehen neue Vernetzungen zwischen Ländern und Regionen, aber auch neue Risiken, Unsicherheiten und Ängste. Wir sprechen zwar von einer Beschleunigung der Globalisierung im 20. Jahrhundert, vor allem seit den 80er-Jahren. Globalisierung ist aber eine uralte historische Erscheinung.

Die Seidenstraße war ein Netz von Karawanenwegen, die Ostasien und den Mittelmeerraum verbanden. Die Ursprünge gehen zurück bis in

den Beginn der Bronzezeit. Vom ersten vorchristlichen Jahrhundert bis in die frühe Neuzeit hinein florierte auf diesen Landwegen der Handel von Seide, Gewürzen und Porzellan, der Reiseverkehr von Kaufleuten, Gelehrten und Armeen. Auf diesem Weg verbreiteten sich neue Techniken und Produkte, wie zum Beispiel Papier, Buchdruck, Schwarzpulver, Destillation. Später dann neue Ideen, wie das Christentum und anderes mehr. Auch damals gab es schon unerwünschte Nebenwirkungen. So wurde über infizierte Flöhe aus China, durch den Pelzhandel, die Pest nach Europa gebracht. Heute würden wir so etwas wohl Pandemie nennen.

Es ist kein Zufall, dass die Blütezeiten der Seidenstraße immer zusammenfielen mit stabilen politischen Machtverhältnissen. Friedensabkommen waren und sind wichtig für die Sicherheit des Handels, und Teile der Chinesischen Mauer wurden gebaut, um die Karawanen vor Überfällen zu schützen. Als die chinesischen Dynastien Anfang des zweiten Jahrtausends zerfielen, verlor auch die Seidenstraße ihre Bedeutung. Mitte des 16. Jahrhunderts löste dann endgültig, auch durch technische Entwicklungen, der zunächst sichere Seeweg den unsicheren Landweg ab, bis die Piraten kamen. Wie heute wieder. Insbesondere sind sie da – und da stark, wo staatliche Strukturen versagten und versagen.

Auch die deutsche Hanse – wo könnte ich das besser sagen als in Hamburg – ist ein gutes Beispiel für die Globalisierung in Europa ab Mitte des 12. Jahrhunderts. Die Kaufmanns- und Städte-Hanse waren eben nicht nur wichtige Wirtschaftsakteure. Sie agierten im höchsten Maße politisch. Sie finanzierten Kriege. Sie steuerten als Kaufleute die Geschicke der wichtiger werdenden Städte. Sie stützten und stürzten Könige. Sie gestalteten Globalisierung. Ein Spaziergang durch die Altstädte und Museen von Venedig und Florenz gibt noch heute einen guten Eindruck vom enormen Wirtschaftsaufschwung im Europa des 15. und 16. Jahrhunderts durch Globalisierung, von der Bedeutung global agierender Familienunternehmen und auch vom Strukturwandel und dem Zusammenhang mit neuen Techniken und wissenschaftlichem Fortschritt – bis heute. Mit der Entdeckung der amerikanischen Gegenküste war es bald vorbei mit der ökonomischen und politischen Vorherrschaft von Norditalien: nichts weiter als Strukturwandel des Globalisierungsprozesses.

In Augsburg bauten etwa zur gleichen Zeit die Fugger ein Handels- und Finanzimperium auf, das sogar die Medici in den Schatten stellte. Ihr Beispiel zeigt aber auch die dramatischen Auswirkungen eines schwachen Staates in einer sich wandelnden globalisierenden Welt. Die Fugger bestachen Könige, Kaiser und Päpste. Sie finanzierten den Krieg gegen die Protestanten und die Eroberung Südamerikas. Sie retteten damit Europa vor den Türken und die Habsburger vor dem Untergang. Sie leiteten mit der Mitwirkung an dem organisierten Ablasshandel die lutherische Reformation mit ein. Sie nutzten auf vielerlei Art einen schwachen Staat, um ihre Monopolstellung und ihren wachsenden – ich nehme einen modernen Begriff – Weltkonzern zu sichern.

Globalisierung, Politik und Technik standen also immer schon in einem untrennbaren Verhältnis. Am Ende scheiterte Globalisierung, wo Politik scheiterte. Zum Beispiel in Zentral-China oder im Europa des 30-jährigen Krieges. Politik und Globalisierung, das ist die Lehre meines ersten Punktes, müssen also immer aufeinander bezogen sein.

Zum zweiten Punkt:

Globalisierung ist also ein uraltes Phänomen. Wir sollten daher uns, unsere Zeit und uns selbst nicht immer so furchtbar wichtig nehmen. Einer der meist missbrauchten Begriffe in der Politik heutzutage ist das

Wort Paradigmenwechsel. Jede kleine Strategieänderung ist bereits ein Paradigmenwechsel. Was für ein Unsinn. Und doch ist Globalisierung heute auch anders.

Die Geschwindigkeit der Veränderung, mit der wir alle konfrontiert werden, ist dramatisch. Denken Sie zum Beispiel an die IT-Revolution im Verhältnis zum Buchdruck. Fünf Monate dauerte es, bis Königin Isabella I. von Kastilien Nachricht von Columbus' Reisen erhielt. 1,3 Sekunden, bis die Welt Neil Armstrongs erste Schritte auf dem Mond mitverfolgen konnte. Die Kosten für ein kurzes Telefonat von Berlin nach New York fielen im 20. Jahrhundert von mehreren Hundert Euro auf ein paar Cent.

Die Veränderungen sind globaler in dem Sinne, dass sie mehr Menschen gleichzeitig betreffen, zum Beispiel der Klimawandel. Hier sind sie sogar noch menschengemacht. Und die Veränderungen sind komplexer in ihrer Natur, wie zum Beispiel der internationale Terrorismus.

Völlig neue Fragen tauchen aber auch auf. Wie gehen wir mit unseren persönlichen Daten im Internet um? Wie gehen wir mit der wachsenden kulturellen Vielfalt in globalen Städten um? Wie stellt sich ein regional tätiger Mittelständler der wachsenden internationalen Konkurrenz? Wie lösen Nationalstaaten mit unterschiedlichen Werten und Entwicklungsphasen gemeinsam globale Probleme?

Und neu ist zugleich, dass die Information über die Veränderung für nahezu alle Menschen frei zugänglich ist. Die Veränderungen sind weltweit bewusst. Es gibt keine Insel der Unwissenheit mehr, nicht einmal mehr – oder jedenfalls nicht dauerhaft – in Birma oder Nordkorea. Wir alle erleben Globalisierung in Echtzeit, dank Webcams, Blogs und Twitter.

Das alles schafft auch eine Situation von Unübersichtlichkeit. Naturgemäß reagieren die Menschen darauf sehr emotional und auch sehr unterschiedlich. Bei den einen löst es Unsicherheiten und Ohnmachtsgefühle aus. Wirtschaft und Politik begegnen sie mit Misstrauen. Andere sehen fasziniert die Chancen. Sie entwickeln neue Geschäftsideen, Technologien und Netzwerke. Die – ich möchte sie einmal so nennen – Kinder der Internetgesellschaft leben heute mit großer Selbstverständlichkeit in einer global vernetzten Welt und bleiben trotzdem oder vielleicht deswegen immer länger im Hotel „Mama“. Eine junge deutsche Führungskraft erzählte mir vor kurzem von seinem Home-Office in den USA, dem südafrikanischen Chef, der in China arbeitet, und von täglichen Telefonkonferenzen quer über alle Kontinente. Wer die Chancen der globalen Welt ergreifen kann, erwartet auch von der Politik, dass sie ihn machen lässt. Sie soll vor allem eines, ihm nicht im Weg stehen. Aber ein funktionierendes Bankensystem soll es wohl doch geben. Und im Zweifel soll der Staat das in der Krise auch retten. Der Flugverkehr soll möglichst frei sein und sicher. Und staatliche Polizisten in einem Rechtsstaat sind kostengünstiger als selbst bezahlte Bodyguards.

Schnelle und komplexe Veränderungen lösen naturgemäß Ängste aus. Eine ehrliche Bilanz spricht aber dafür, dass die Chancen der Globalisierung die Risiken überwiegen. Es gibt mehr Grund zur Zuversicht als zur Sorge.

Die Welt hat seit dem Zweiten Weltkrieg eine erstaunliche Wirtschaftsentwicklung erlebt. Der freie Welthandel, die Öffnung der Märkte und der Abbau von Handelshemmnissen schlagen sich in einem enormen Wachstum des Welthandels, der Weltpopulation und des Lebensstandards nieder. Deutschland gehört dabei zu den Gewinnern der Globalisierung. Seit 1980 haben sich die deutschen Exporte mehr als verfünfacht. Der deutsche Export könnte dieses Jahr die Schallgrenze von 1 Billion Euro erreichen und zum sechsten Mal in Folge – vielleicht zum

letzten Mal, wenn man auf China guckt – den Titel des Exportweltmeisters erreichen. In den letzten Tagen war viel von Konsumschwäche die Rede; es ist ja auch einiges dran.

Die längerfristige Perspektive zeigt aber, dass die Konsumausgaben der privaten Haushalte seit 1980 real um die Hälfte zugenommen haben. Die Zahl der Arbeitslosen lag im August 2008 bei knapp unter 3,2 Millionen. Sie kennen die Zahlen, das sind 500.000 weniger als vor einem Jahr und gut 1,6 Millionen weniger als im August 2005. Eine so niedrige Zahl hatten wir in einem August zuletzt 1992. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt zu, sie liegt aktuell mit 40,31 Millionen um 560.000 über der des Vorjahres. An diesen Zahlen wird auch eines deutlich, es handelt sich bei den Erfolgen des Arbeitsmarktes nicht nur um eine konjunkturelle Entwicklung, einen konjunkturellen Erfolg, sondern ebenfalls in Ansätzen auch um einen strukturellen.

Verbraucher profitieren durch eine stärkere Kaufkraft und eine nie gekannte Produktauswahl. Für die Anschaffung eines Fernsehers müssen deutsche Bundesbürger heute im Vergleich zu 1991 – noch nicht mal 1980 – durchschnittlich 30 statt 80 Stunden arbeiten. Kaum ein Vertreter der gesellschaftlichen Mitte, von der auch viel die Rede ist, könnte sich heute vermutlich ein Auto leisten, wenn alle Teile in Deutschland produziert werden würden.

Zwar wandelt sich die Wirtschaftsstruktur laufend. Und dabei gehen natürlich auch Arbeitsplätze verloren und Unternehmen verschwinden. Aber wer wollte ernsthaft heute noch auf Seidenstraße und Salzwege oder Pferdekutschen und Waschzuber angewiesen sein. Strukturwandel ist wahrscheinlich zuallererst eine Folge sich wandelnder Bedürfnisse der Konsumenten und dann erst eine Folge der Verlagerung von Produktionsstandorten.

Allen Unkenrufen zum Trotz gibt es keinen „race to the bottom“ bei Steuern und Sozialstandards. Die Arbeitsbedingungen in Westeuropa haben sich nicht dramatisch verschlechtert. Die Sozialsysteme wurden nicht demontiert. Im Gegenteil, die Ausgaben für Soziales und Umweltschutz sind trotz Einschnitten im Einzelfall insgesamt gesehen auf historischen Höchstständen. Der Zuschuss der Rentenversicherung ist im Bundeshaushalt der größte Einzelposten.

Nationale Sozialpolitik bleibt weiterhin möglich, auch nötig. Der letzte Armutsbericht der Bundesregierung – er ist sehr umstritten, aber das ist ein anderes Thema, auf das ich jetzt nicht eingehen will – zeigt jedenfalls eines: Der Sozialstaat wirkt. Das Risiko der relativen Einkommensarmut, also wenn man weniger als 60 Prozent des Medians aller Einkommen verdient, wird durch Sozialtransfers halbiert, 2005 von 26 Prozent auf 13 Prozent. Bei Kindern wird dieses Risiko fast gedrittelt, von 34 Prozent auf 12 Prozent. Allerdings kann es auf Dauer nicht so sein, dass der Nationalstaat nur noch für die soziale Kompensation der Folgen der ökonomischen Globalisierung zuständig bleibt. Steuerflucht und Sozialstaat oder Bildungsstaat gehen nicht gleichzeitig.

Tatsache ist auch, dass in allen Fällen, in denen es ärmeren Ländern gelungen ist, sich zu einem zumindest deutlich verbesserten Lebensstandard hochzuarbeiten, dieser Weg nicht über Abschottung, sondern über Globalisierung ging. In China wurden beispielsweise die Armen im letzten Vierteljahrhundert (1981 bis 2005) von der übergroßen Mehrheit von 84 Prozent zu einer Minderheit von 16 Prozent. Jetzt nehme ich den absoluten Armutsbegriff, also bezogen auf ein Einkommen von weniger als 1,25 US-\$ pro Tag. Weltweit ist die Zahl der in Armut lebenden Menschen, die weniger als diese 1,25 US-\$ zur Verfügung haben, nach Weltbank-Angaben in 25 Jahren um eine halbe Milliarde Menschen gesunken.

Das heißt nicht, dass alle Probleme gelöst sind. Sie werden nie alle gelöst sein. Es gibt immer noch eine destabilisierende Einkommensschere zwischen Arm und Reich. Es gibt immer noch unzumutbare Kinderarbeit und zerstörerische Umweltverschmutzung. Aber arm sind vor allem die Länder, die sich nicht für die globale Wirtschaft geöffnet haben. Arme Länder leiden häufiger, und dann auch vornehmlich an schlechter Politik und weniger an der Globalisierung. Es braucht also dort mehr Politik und bessere Politik, nicht aber weniger.

Wir müssen auch ehrlich sein. Anhaltende Armut hat ihre Ursache auch in einem Protektionismus der Industrieländer, vor allem in der Landwirtschaft und Textilindustrie. Daher ist es bedauerlich, dass die Doha-Runde nicht zu messbaren Ergebnissen gekommen ist und möglicherweise, jedenfalls in diesem Jahr, nicht mehr kommen wird.

Die Globalisierung hat noch eine weitere Wirkung, die ich positiv sehe. Sie diszipliniert Politik. Wir müssen uns ständig um einen effizienteren Ressourcen-Einsatz und um eine international wettbewerbsfähige Wirtschaftsordnung bemühen. Wir müssen unsere öffentlichen Haushalte konsolidieren, um die Lasten der Vergangenheit nicht zu den Fesseln der Zukunft werden zu lassen. Und wir brauchen eine exzellente Bildungspolitik und eine investive, Anreiz fördernde und nachhaltige Sozialpolitik. Angesichts der Vorteile, die uns und anderen die Globalisierung bislang beschert hat, können wir alles in allem mit Zuversicht auf diesen Veränderungsprozess blicken.

Globalisierung ermöglicht eher die Verwirklichung persönlicher und gesellschaftlicher Ziele als Abschottung. Sie ist kein Nullsummenspiel, in dem der Eine nur gewinnen kann, wenn der Andere verliert. Nicht nur positive Wirtschaftsdaten rechtfertigen diese Zuversicht. Es ist zuallererst die enorme Anpassungsfähigkeit der Menschen, die die Geschichte hindurch immer wieder aufs Neue tiefgreifende Umwälzungen bewältigt haben, sei es im Alltag oder in der Arbeitswelt. Wer Anfang des 20. Jahrhunderts geboren wurde, staunte als 20-Jähriger über die Erfindung des Kurbeltelefons und konnte als 80-Jähriger seinem Enkel per SMS zum Abitur gratulieren.

Aufgabe der Politik ist es, die Menschen zu befähigen, diese Chancen für sich zu nutzen. Unser Ziel einer Bildungsrepublik Deutschland ist ein Teil der politischen Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung. Sie erfordert von uns allen, dass wir nicht bei unserer ersten Ausbildung und unserem erworbenen Bildungsniveau stehen bleiben. Sie fordert, dass wir uns stets aufs Neue Berufs- und Orientierungswissen erwerben. Im Rahmen der Bildungsreise war die Bundeskanzlerin neulich bei BASF. Dort liegt die Zahl der Mitarbeiter über 50 Jahre bei 22 Prozent und Herr Hambrecht und andere haben der Bundeskanzlerin vorgetragen, 2020, also in 12 Jahren, werden es über 50 Prozent sein. Die Bildungsrepublik Deutschland ist nicht nur frühkindliche Bildung, sondern ist die dringende Erwartung, dass alle im Berufsleben sich bei Veränderungen auf neue Bedingungen in ihrem Betrieb, in ihrer Branche und auch in anderen Branchen einstellen.

Ziel der Politik ist eine faire, nachhaltige und menschliche Gestaltung der Globalisierung. Das Leitmotiv der deutschen G8-Präsidentschaft hieß „Wachstum und Verantwortung“ – fair geschaffenes Wachstum einerseits und eine soziale Gestaltung der Globalisierung auf gleichen Standards andererseits.

Ich komme zu meinem dritten Punkt:

Die Art und Weise, wie Politik im 21. Jahrhundert dieses Ziel verfolgt und agiert, wird sich weiter verändern, ohne dass wir heute schon genau wissen wie. Denn mit der Komplexität der Veränderung wächst auch die

Komplexität der Politik. Beispielsweise bleibt in der modernen globalen Welt das vorausschauende Wissen der Politik immer hinter dem technischen Wissen und Möglichen zurück. Vielleicht war das schon immer so. Ich sage, vielleicht ist das sogar gut so. Der liebe Gott möge uns vor einem Gemeinwesen bewahren, in dem die Politik alle Entwicklungen im Voraus weiß oder beansprucht zu wissen. Deswegen ist mindestens demokratisch legitimierte Politik möglichst vorsorgend, aber im Zweifel nachsteuernd. Die damit verbundenen Veränderungsprozesse sind oft schmerhaft. Eine der Ursachen der internationalen Finanzkrise ist die Tatsache, dass sich neue Finanzmarktinstrumente schneller entwickelt haben und vielleicht entwickeln sollten als der politische Ordnungsrahmen. Aber Politik steuert eben auch nach. Durch mehr Transparenz soll Fehlern dieser Art in Zukunft vorgebeugt werden. Klar ist: Erfolgreiche Politik braucht vielleicht mehr als zuvor Sachverstand und die Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge erklären zu können.

Komplexer geworden sind natürlich auch die Abstimmungsprozesse. Denken Sie nur an den Weg der Idee eines EU-Verfassungsvertrages bis hin zum Vertrag von Lissabon und an das „Nein“ der Iren. Es ist interessant, was das erfolgreiche Motto der Gegner des Vertrages in Irland war: „If you don't know, say no.“ Das heißt, multilaterale Prozesse werden nur Erfolg haben, wenn man selbst die Dinge versteht und den Menschen erklären kann. Es gibt immer genug Leute, die dieses Motto „If you don't know, say no“ vorschreiben. Das wäre aber der Weg in eine Blockadegesellschaft.

Immer mehr nationale Interessen müssen zu einem Ausgleich gebracht werden. Immer mehr Partner sitzen am Verhandlungstisch. Die neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union bringen eine anders geprägte Geschichte mit. Wir erleben es jetzt bei den Debatten gerade mit Russland im Kaukasus-Konflikt. Jenseits von Europa wird es noch bunter beim Blick auf die politischen Kulturen, Traditionen und Gesellschaftssysteme.

Was wir ganz deutlich sehen, ist, dass Politik, um dauerhaft erfolgreich sein zu können, deutlich kooperativer und multilateraler angelegt sein muss als früher. Es gibt nahezu kein Land mehr – nicht China, nicht die USA und nicht Russland –, das seine eigenen und erst recht globale Probleme alleine lösen kann. China hat wahrscheinlich im letzten Jahr einen dreistelligen Milliarden-Betrag durch sein Engagement in den Vereinigten Staaten in den Sand gesetzt.

Was in anderen Regionen der Welt passiert, hat unmittelbare Auswirkungen auf unseren Arbeitsmarkt, unsere Sicherheit, unseren Wohlstand. Die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik verschwimmen. Meine Damen und Herren, wenn in China die Menschen mehr Milch trinken, steigen bei uns die Milchpreise und wir diskutieren über eine Erhöhung des Regelsatzes von Hartz IV. Eine indische Firma, die ein billiges Auto baut, kauft die Nobelfirma Jaguar. Eine deutsche Gewerkschaft demonstriert bei dem Erwerb, bei der Übernahme einer Bank gegen den deutschen Erwerber und für ein chinesisches Staatsunternehmen. Was sind das für gewaltige Entwicklungen. Alleingänge bleiben schlichtweg wirkungslos bei Herausforderungen wie Klimawandel, Terrorismus und Pandemien. Wir brauchen gemeinsame Strategien in der internationalen Sicherheit und bei der Armutsbekämpfung.

Gleichzeitig sind die Chancen alles in allem gestiegen, durch internationale Zusammenarbeit globale Lösungen zu erreichen, denn die Einsicht in die Notwendigkeit für internationale Kooperation ist deutlich gewachsen. Die Gründung und Erweiterung der Europäischen Union von sechs auf heute 27 Mitgliedstaaten ist bereits eine politische Antwort auf die Globalisierung. Dieser Raum der politischen Stabilität, des Frie-

dens und der konstruktiven Zusammenarbeit, obwohl es immer wieder knirscht, ist ebenso wie die Wirtschafts- und Währungs-Union die politische Grundlage des wirtschaftlichen Erfolges Europas, und zwar sowohl als kontinentales Bindeglied als auch als interkontinentale Handelsgemeinschaft. Die Triade USA, Japan und Westeuropa hat die erste Phase der Globalisierung oder genauer gesagt, der modernen Globalisierung geprägt. Heute stehen wir vor einer Neuordnung der Weltkarte. Neue Mitspieler in der globalen Wirtschaft wie Brasilien, Indien und China, aber auch Südkorea, die Türkei und die Golf-Staaten führen zu Verschiebungen in den Machtstrukturen.

Als Reaktion darauf wuchs seit dem Jahr 1975 die „Gruppe der Fünf“ im Kaminzimmer vom Schloss Rambouillet – basierend auf einer Männerfreundschaft von Giscard d’Estaing und Helmut Schmidt –, im Laufe der Jahre auf die „Gruppe der Acht“. Und deshalb begann in Heiligendamm unter deutscher Führung ein Prozess des Dialogs der „Gruppe der Acht“ mit den fünf – wie wir sie genannt haben – Aufstiegsstaaten: China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika. Und in Hokkaido in diesem Jahr nahmen an einem Gespräch zum weltweiten Klimaschutz zusätzlich die Länder Indonesien, Korea und Australien teil. Die Dialogprozesse öffnen sich bereits.

1995 wurde aus dem „General Agreement on Tariffs and Trade“ von 1948 die Welthandelsorganisation WTO. Neue regionale Freihandelszonen, wie zum Beispiel die NAFTA oder die AFTA der „ASEAN + 3“, wurden gegründet. Neue Konsultationsrunden, wie zum Beispiel die der Shanghai-Staaten oder die East Asia Summit Group, entstehen und neue Partnerschaften, wie immer sie auch ausfallen, zwischen China und Afrika oder zwischen EU und Mittelmeerländern. Rohstoffquellen kauft heute die indische Mittal Steel Company, nicht die ThyssenKrupp AG.

All das sind politische Antworten auf die Globalisierung. Sicher gibt es auch Rückschläge. Bisher ist es nicht gelückt, die neunte Welthandelsrunde, die sogenannte Doha-Runde, erfolgreich abzuschließen. Ich sprach schon davon. Manche Beobachter sagen vielleicht mit Recht, so mühsam war es noch nie. So komplex war es aber auch noch nie. Und natürlich ist der nationale Gestaltungsspielraum enger geworden. In der EU beispielsweise hat die deutsche Bundesbank im Bereich der Geldpolitik erheblichen Gestaltungsspielraum an die europäische Zentralbank abgegeben. Europäische Gesetze und Richtlinien haben großen Einfluss auf nationale Politik. Der nächste Redner an dieser Stelle, Professor Papier, wird sicher ausführlich über Grenzen und Chancen und über nationale Souveränität im Verhältnis zu europäischen Regeln reden. Dieser bewussten Aufgabe eines Teils unserer nationalen Souveränität steht aber ein erheblicher Nutzen gegenüber. Wir erleben eine nie da gewesene Zeit des Friedens, der persönlichen Freiheit und der Verbesserung der Lebensbedingungen.

Natürlich läuft auch die Zusammenarbeit in der EU nicht immer glatt. Das „Nein“ der Iren zum Vertrag von Lissabon ist eine ernst zu nehmende Herausforderung für alle anderen Mitgliedstaaten. Ich bin dennoch überzeugt, dass in der einen oder anderen Form der Vertrag von Lissabon auch europäische Wirklichkeit werden wird. Natürlich gibt es innerhalb der EU immer wieder die Gefahr, dass wir uns gegenseitig durch unterschiedliche Ziele und Haltungen blockieren, die auf unterschiedlichen Traditionen und Interessen basieren. Das darf man auch aussprechen. Man darf auch konkret über den CO₂-Ausstoß von Pkws diskutieren, auch wenn Europa eine Friedensaufgabe ist.

Der Zuständigkeitszuwachs für die EU ist auch nicht immer eine richtige Antwort auf die Globalisierung, eher eine kluge Anwendung des Grundsatzes der Subsidiarität. Es ist durchaus aber so, dass – auch wenn

in Sonntagsreden dieser Grundsatz hochgehalten wird – deutsche Interessengruppen aller Art, wenn es ihrem konkreten Interesse dient, nach Brüssel gehen und sagen: Jetzt muss Brüssel einschreiten – wenn es um Sparkassen geht, wenn es um den Personennahverkehr geht, wenn es um Daseinsvorsorge geht, wenn es um Konkurrenz geht. Meine Erfahrung ist, dass es kein anderes Land in der Europäischen Union gibt, wo die Positionen der nationalen Regierung in dieser Weise so unterminiert werden wie in Deutschland.

Die Ereignisse in Georgien zeigen noch etwas anderes. Die EU und die NATO haben aus dem Irak-Krieg gelernt. Sie sind zu Kompromiss, Einigkeit und Handlungsfähigkeit in der Lage. Die Erkenntnis wird in und außerhalb Europas größer, dass ohne Kooperation politische Geländegewinne nicht von Dauer sein werden. Ich hoffe sehr, dass Russland eher früher als später erkennt, dass der gegenüber Georgien eingeschlagene Weg nicht gut für Russland selber ist. Am Ende des Tages gibt es übrigens gerade für Russland keine Alternative zu Zusammenarbeit und Austausch.

Deshalb wächst die Zahl der Konsultationsprozesse und Konferenzen, und mit ihnen die Zahl der Abkommen und Verträge. Immer neue Institutionen entstehen – einige habe ich genannt –, um den neuen Ordnungsfragen gerecht zu werden. Das alles ist ziemlich unübersichtlich. Und da wird sich noch viel ändern und sortieren und ordnen, aber es ist alternativlos.

Zugleich, nun kommt ein schwieriger Punkt, wächst aber das Bedürfnis nach der Legitimation der Akteure. Wer legitimiert G8 eigentlich? Diese „Gruppe der Acht“ ist historisch gewachsen. 2006 erarbeiteten ihre Mitglieder zusammen 62 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Das ist wahr. Kritiker werfen dem Gremium aber vor, nur 14 Prozent der Weltbevölkerung zu vertreten. Natürlich ist die Frage nach der Legitimation berechtigt. Meines Erachtens hat dennoch das Gremium nach wie vor große Bedeutung, weil es der Vertrauensbildung dient und bei der Lösung globaler Fragen zusammenführt. Der Dialog mit den Schwellenländern zeigt auch, dass den neuen Realitäten Rechnung getragen wird.

Gestaltungsmacht braucht aber Legitimation, wenn sie dauerhaft wirken, befrieden und gestalten soll. Das gilt auch für die Globalisierung. Und legitimiert zur Machtausübung sind Staaten und Staatengemeinschaften, nicht aber internationale Konzerne. Das Beispiel der Fugger zeigt sehr anschaulich die verheerenden Auswirkungen eines legitimierten, aber schwachen Staates, der de facto durch einen starken, aber nicht legitimierten Unternehmer gesteuert wird. Eine Macht, die nicht legitimiert ist, kann auch nicht zur Verantwortung gezogen werden. Und Macht und Verantwortung sind zwei Seiten derselben Medaille.

Multinationale Konzerne erfüllen keines der Merkmale einer repräsentativen Demokratie. Die Wahl legitimiert den Politiker zur Machtausübung, jedenfalls ist das unser Anspruch. Die Möglichkeit zur Machtausübung stellt sie oder ihn in die gewollte Verantwortung, aber auch unter ihren Anspruch. Der echte Homo politicus empfindet dabei, wenn er ehrlich ist, auch etwas wie Lust an der Zukunftsverantwortung und an der Gestaltung. Hans Jonas hat es in seinem Buch „Prinzip Verantwortung“ in etwa so formuliert: Der wirkliche Staatsmann sieht seinen Ruhm darin, die Macht für die Menschen zu nutzen. Das bedeutet meines Erachtens auch, dass Politik nicht in der Verantwortung steht, den Status quo zu verwalten, sondern die Zukunft zu gestalten und die Gegenwart zu verändern.

Zum vierten und letzten Punkt:

Die demokratische Legitimation der Politik ist aber nur das halbe Fundament und auch neue politische Verfahren – die ich unter dem Stichwort „Multilateralismus“ nur angedeutet habe –, Mittel und Ziele allein können die erfolgreiche Gestaltung der Globalisierung nicht garantieren. Der Politiker oder die Politikerin könnten noch so professionell agieren, mit noch so viel Sachverstand und Erklärungsvermögen, sie würden scheitern ohne ein festes Wertefundament.

Denn Legitimation braucht Vertrauen und Verlässlichkeit. Verfassung, Gesetze und Organisationen sind wichtig. Das kann ich als Jurist gut sagen. Aber sie allein schaffen kein Vertrauen. Verliert ein Staat das Vertrauen seiner Bürger, dass Politik konsistent nach klaren Wertehierarchien agiert, selbst wenn man sie nicht teilt, dann schwindet ihr Legitimations- und bald darauf ihr Gestaltungsspielraum. Vertrauen und Verlässlichkeit sind die zentralen Faktoren für die Möglichkeit politischer Gestaltung zunehmend auch auf internationaler Ebene. Sie sind, wenn Sie so wollen, eine Art Währung in der Globalisierung. Mehr noch, Demokratie lebt natürlich von Vertrauen, aber auch Gesellschaften in nicht- oder halbdemokratischen Staaten leben letztlich von Vertrauen, mindestens von Verlässlichkeit. Wenn das fehlt, entstehen Situationen wie am Horn von Afrika oder im Grenzland von Pakistan nach Afghanistan. Wir sprechen von den failed states oder von Nichtstaatlichkeit.

Angst und Misstrauen entsolidarisieren. Ohne Solidarität kann sich keine Gesellschaft den Herausforderungen von Veränderungsprozessen stellen. Ohne eine gemeinsame Wertebasis fehlt es einer Gesellschaft an der Stabilität, an der inneren Integration und damit an der Offenheit für Innovation. Bleibt Russland so, wie es ist, wird es auf lange Sicht scheitern. Ohne das Potenzial freier, kreativer und dynamischer Menschen muss ein Land in der Globalisierung scheitern. Es kommt daher stark und vielleicht stärker, als manche meinen, auf die politische Kultur an und diese hängt wiederum von der Bürgergesellschaft und der Wirtschaft ab und damit auch von Ihrem Verhalten und Ihren Äußerungen. Und, jetzt sage ich etwas ganz Altmodisches, von der Art, wie Sie jeweils Ihre Kinder erziehen.

Auch Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme brauchen mehr als nur formales Recht und Gewährleistung von Wettbewerb, um zu funktionieren. Ich habe im Justizministerium darüber mal eine große Rede gehalten. Wenn nur 0,2 Prozent der Straßenverkehrsteilnehmer sich nicht daran halten, dass man rechts fährt, bricht der Verkehr total zusammen. So viele Polizisten gibt es gar nicht auf der Welt, um hier regelnd einzutreten. Der Rechtsstaat lebt im Wesentlichen davon, dass die Bürger sich an die Rechtsbefehle halten – unabhängig davon, ob sie sanktioniert sind oder nicht, sonst bricht diese Gesellschaft zusammen. Das gilt auch für ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Es braucht formale und informelle Normen und Werte. Ohne Selbstbindung an Normen und ohne einen gewissen Wertekonsens muss Politik scheitern und wird Wirtschaft scheitern.

Das ist der Grund dafür, dass die Soziale Marktwirtschaft nicht überholt ist. Das ist der Grund dafür, dass sie in einer globalen Welt zeitgemäß ist denn je. Die Soziale Marktwirtschaft, die Verbindung aus wirtschaftlicher Freiheit, sozialem Fortschritt und persönlicher Verantwortung ist deswegen ein Erfolgsmodell, weil es dem Menschen gemäß ist. Sie ist ein Ordnungsmodell für den Menschen und auf ihn hin.

Die Soziale Marktwirtschaft ist klar und fest in ihren Werten: individuelle Freiheit, sozialer Ausgleich und persönliche Verantwortung. Und in ihren Prinzipien: Personalität, Solidarität und Subsidiarität, gegebenenfalls gesichert durch staatliches Handeln, auch staatliches Eingriffs-

handeln. Sie ist gerade kein enges, starres Regelsystem. Die Gründungsväter der Sozialen Marktwirtschaft betonten, dass die Umsetzung der Konzeption ein stets offener Prozess und politischer Gestaltungsauftrag ist, denn die ordnungspolitische Frage stellt sich in jedem historischen Moment neu.

Sie ist auch in den Zeiten der Globalisierung eine Soziale Marktwirtschaft. Wer vom Ende des deutschen Sozialstaates in der Globalisierung spricht, ignoriert die Tatsache, dass die Sozialausgaben über die Jahrzehnte hinweg gestiegen und nicht gesunken sind. Es kommt allerdings auch darauf an, die Sozialpolitik an den Wandel von Arbeits- und Wirtschaftsleben anzupassen. Das ist heute nicht mein Thema, ich will das jetzt in meinem Gedankengang nicht vertiefen. Aber ich will mit einem Satz andeuten, was ich meine: Mehrausgaben in der Bildungspolitik sind moderne Sozialpolitik, Mehrausgaben für Warteschleifenprogramme der Bundesagentur für Arbeit sind es nicht. Der Beifall verlockt mich dazu, noch provokativ hinzuzufügen: Das müssen aber auch die dann akzeptieren, die institutionell von den Warteschleifenprogrammen profitieren. Und das sind nicht unwesentlich auch Handwerkskammern und nicht nur Weiterbildungseinrichtungen der Gewerkschaften.

Ich komme zum Schluss. Wo steht Deutschland heute in der Globalisierung? Wir haben allen Grund, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Deutschland ist ein angesehener und verlässlicher Partner in der Welt. Wenn ich Parteipolitik machen würde, würde ich sagen, wieder ein angesehener und verlässlicher Partner in der Welt. Deutschland genießt hohes Vertrauen in der EU und in der Welt. Und das wiederum erhöht unseren politischen Einfluss und Gestaltungsspielraum. Die Erwartungen an uns sind viel höher, als dass wir sie ganz oder gar erfüllen können.

Wir erinnern uns: Das war nicht immer so. 1969 hat einer meiner Vorgänger als Chef des Bundeskanzleramts, Professor Karl Carstens, hier bei Ihnen im Übersee-Club über politische Führungskunst gesprochen. Er sah die besondere Schwierigkeit der politischen Führung Deutschlands in dem Misstrauen, ja sogar in der Abneigung in der Welt uns gegenüber, die aus der deutschen Vergangenheit resultierte. Das war 1969 die zentrale Aufgabe nach Karl Carstens. Es war ein langer, aber sehr erfolgreicher Weg von damals bis heute.

Das uns heute entgegengebrachte Vertrauen richtet sich übrigens insbesondere auch auf die Bundeskanzlerin, die einen erheblichen Anteil an dem Renommee-Gewinn unseres Landes hat. Und das wiederum ist – neben vielen Sachfragen – auch eine Stil- und Haltungsfrage. Ihr vorausschauender, sachlicher und kooperativer Politikstil wird international hoch geschätzt. Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 konnte vielleicht deswegen der blockierten Idee eines EU-Verfassungsvertrags der Weg hin zum Lissabon-Vertrag bereitet werden. Beim G8-Treffen in Heiligendamm setzte Deutschland im Klimaschutz und beim Dialog mit den Schwellenländern vielleicht deswegen entscheidende Impulse.

Heute sind die EU und die transatlantische Partnerschaft wieder Grundpfeiler deutscher Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Deutschland übernimmt in zunehmendem Maße international Verantwortung und leistet Beiträge zur Lösung globaler Probleme und Konflikte. Ich wiederhole, die Erwartungen an uns sind allerdings viel höher, als eine Mehrheit der Bevölkerung dem Rechnung trägt oder sich imstande sieht, dem Rechnung tragen zu können. Und eine neue Administration in Amerika, wie immer sie auch aussieht, wird diese Anforderungen noch einmal erheblich erhöhen.

Deutschland hat in den letzten beiden Jahrzehnten in besonders einschneidender Weise die globalen Veränderungen erlebt. Die Konfrontation mit dem Zusammenbruch der bipolaren Welt und mit den Auswirkungen auf eine extrem offene Volkswirtschaft kann hier wie in kaum einem zweiten Land beobachtet werden. Und trotz der Tatsache, dass Deutschland vor der doppelten Herausforderung Globalisierung und Wiedervereinigung stand, ist Deutschland nach wie vor ein attraktiver Wirtschaftsstandort mit einem soliden Fundament für weitere Wachstums- und Beschäftigungsgewinne.

Geschätzt wird Deutschland in der Welt auch für sein wichtigstes Gut: seine Menschen. Das Land steckt voller Talente, kreativer Köpfe und – wie wir selbst immer wieder entdecken – voll Begeisterungsfähigkeit. Nicht alle davon haben ein Firmenschild in Berlin. Auch unsere Angst, die im Ausland sprichwörtliche Zukunftsangst – „the German Angst“ –, ist uns paradoixerweise sogar manchmal Ansporn und Antrieb. Aus Sorge, der Himmel könnte uns auf den Kopf fallen, planen wir beständig voraus, bedenken viele Eventualitäten und tüfteln herum. Damit sind wir anderen wiederum oft einen Schritt voraus.

All das muss aber immer wieder neu erarbeitet werden. Auch das ist ein altmodischer Satz: „Ohne Fleiß kein Preis“; er gilt auch und gerade in der Globalisierung. Glaube ich, dass Deutschland auch in Zukunft von der Globalisierung profitieren wird? Ja. Wie? Indem Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam weiterhin in die Zukunft investieren. In die Erziehung und Bildung unserer Kinder und in unsere Familien, in Forschung und Entwicklung, in Wissenschaft und in unser Gemeinwesen, in eine deutsche Zukunft in der Welt und zugleich bei uns. Die Bedingungen dafür haben sich seit der Rede von Karl Carstens beständig verbessert. Nicht erst seit der Fußball-WM hat Deutschland im Ausland auch als Destination, würden die Touristiker sagen, einen immer besseren Ruf. Es ist übrigens interessant, dass in der Außenwahrnehmung unser Ruf viel besser ist als in der Selbstwahrnehmung. Die Deutschen werden nicht mehr nur ob ihrer Fähigkeiten anerkannt. Sie werden auch als Menschen nicht mehr gefürchtet, sondern geschätzt. Deutschland ist lebenswert und liebenswert, darauf lässt sich aufbauen, darauf muss man aber auch aufbauen.

Die Erfahrung der letzten 60 Jahre zeigt, eine auf Werten basierende und auf die Zukunft hin orientierte Politik ist auch in Zeiten der Globalisierung nicht nur möglich, sondern auch nötig. Nur so kann Globalisierung gelingen. Dies sei der zuweilen auch manchmal politikfernen oder Politik ablehnenden Wirtschaft gesagt. Die Schlussworte von Karl Carstens aus seiner Rede von 1969 haben, anders als seine Analyse über das damalige Deutschland, nichts von ihrer Aktualität verloren. Ich will sie gerne zitieren: „Nicht die kräftigen Worte und die lautstarken Gesten sind entscheidend, sondern die systematische Bewältigung der gestellten Aufgaben in ruhiger, zäher, zielbewusster und geduldiger Arbeit.“

Vielen Dank!

